

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Landbauer, Gabmann,**
und **Dr. Machacek**

betreffend: **Sicherheitskonzept für Niederösterreich**

Das Sicherheitsgefühl unserer Landsleute hat in den letzten Jahren massiv unter der grenzenlosen Massenzuwanderung gelitten und ist in den Keller abgestürzt. Einbrüche, Diebstähle, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen stehen nahezu an der Tagesordnung. Die heimischen Gefängnisse platzen aus allen Nähten. Überfälle finden am helllichten Tag statt, in der Dämmerung trauen sich viele Frauen und Mädchen gar nicht mehr auf die Straße. Parallel dazu hat die ÖVP im Bereich der Sicherheit den Niederösterreichern einen Sparzwang verordnet und sage und schreibe 23 Polizeidienststellen geschlossen.

Seit geraumer Zeit herrscht in Niederösterreich ein dramatischer Sicherheitsnotstand, wobei vor allem die ständig steigende Ausländerkriminalität besonders auffällig ist. Knapp 54 Prozent der verurteilten Straftäter haben ausländische Wurzeln. In der U-Haft kommen gar 70,5 Prozent der Tatverdächtigen aus dem Ausland. Gemäß der aktuellen Halbjahresbilanz des Bundeskriminalamts sind 40,3 Prozent der Straftäter Ausländer. Bei Diebstählen und Einbrüchen sind es bereits 80 Prozent. Das betrifft Asylwerber ebenso wie hier lebende Ausländer und sogenannte Kriminaltouristen. In Anbetracht der katastrophalen Sicherheitslage benötigt es ein umgehendes Sicherheitskonzept, wobei mit voller Härte gegen Kriminelle und Straftäter vorgegangen werden muss. Ziel muss es sein, dass sich die Niederösterreicher in ihrer Heimat wieder frei bewegen können und endlich sicher fühlen. Dazu müssen nachstehende Maßnahmen schleunigst umgesetzt werden:

- I. Kriminelle Zuwanderer nach der Verurteilung sofort und konsequent abschieben
- II. Ausländische Vergewaltiger & Sex-Täter verlieren nach der Verurteilung jeglichen Aufenthalts- und Rechtsanspruch in Österreich – für IMMER! Für heimi-

sche Wiederholungstäter ist die chemische Kastration der einzige Weg, die Bürger vor wiederholten Attacken zu schützen.

- III. Opferschutz statt Täterschutz: Erhöhung der Strafrahmen bei schweren Delikten
- IV. Videoüberwachung an neuralgischen Punkten wie Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen, Parkanlagen, Garagen etc.
- V. Mehr Rechte für Polizei und Justiz: ein hartes Durchgreifen darf für Beamte keine rechtlichen Folgen haben
- VI. Postenschließungen stoppen und Wiedereröffnung von Dienststellen, die Mikleitner geschlossen hat
- VII. Konsequente Grenzkontrollen zur Eindämmung der illegalen Massenzuwanderung und des Kriminaltourismus

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der Landtag spricht sich für eine sofortige Umsetzung der Maßnahmen im Sinne der Antragsbegründung aus.
- 2) Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, eine sofortige Umsetzung der Maßnahmen im Sinne der Antragsbegründung sicherzustellen.“

Der Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zuzuweisen.